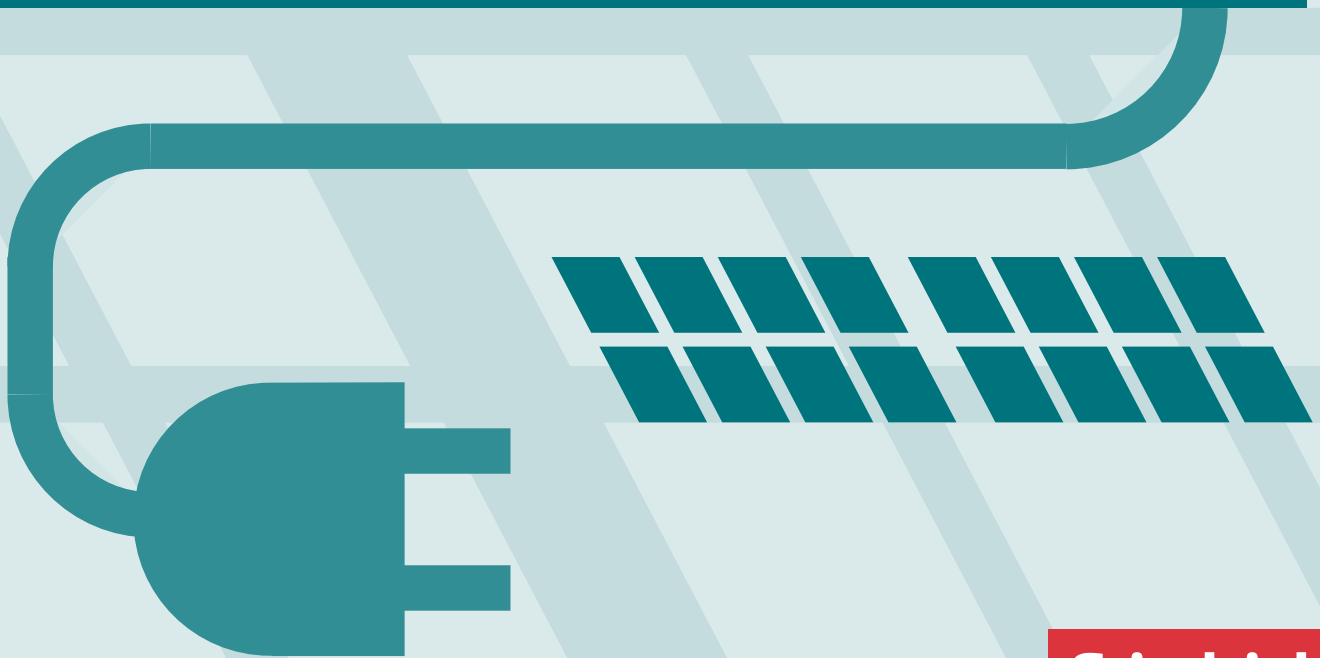


Sylwia Andralojc-Bodych
Oktober 2025

Chancen für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit bei der Energiewende?

*Aus der Serie „Im Kräftefeld
deutsch-polnischer Interessen“*



Impressum

© 2025 FES (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung Warschau
ul. Poznańska 3/4, 00-680 Warszawa
<https://polska.fes.de/>

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:

Dr. Max Brändle, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Warschau

Kontakt:

polska@fes.de

Design/Layout:

Katarzyna Błahuta

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES her-ausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN 978-83-64062-83-4

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen

Sylwia Andralojc-Bodych
Oktober 2025

Chancen für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit bei der Energiewende?

*Aus der Serie „Im Kräftefeld
deutsch-polnischer Interessen“*

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Auf dem Weg zur Klimaneutralität	4
Der Wärmesektor: Zwischen Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit ..	5
Der Verkehrssektor: Elektrifizierung vs. Infrastrukturdefizite	7
3. Klimapolitik im öffentlichen Diskurs	7
Deutschland: Zwischen Ambition und Akzeptanzkrise	7
Polen: Energiewende ohne Narrativ	8
Streitpunkte im deutsch-polnischen klima- und energiepolitischen Diskurs ..	8
4. Klimapolitik mit sozialem Kompass: Die Rolle der Sozialdemokratie	9
5. Potenziale gemeinsamer Projektetrotz politischer Divergenzen	10
6. Ausblick	13



Sylwia Andralojc-Bodych

Chancen für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit bei der Energiewende?

1. Einleitung

Am 1. Dezember 2025 finden die nächsten deutsch-polnischen Regierungskonsultationen statt – ein wichtiges Moment für die bilaterale Zusammenarbeit in der Klima- und Energiepolitik. Schon im gemeinsamen Aktionsplan von 2024 wurde vereinbart, eine **deutsch-polnische Arbeitsgruppe für Klima und Energie** einzurichten.¹ Nun ist es an der Zeit, dieser Struktur **Leben einzuhauchen** – mit konkreten Inhalten, Projekten und Perspektiven. Es gibt viele Gründe zu handeln: Die sozialgerechte Transformation, die Umsetzung des ETS2 sowie der Ausbau grenzüberschreitender Infrastruktur stellen beide Länder vor große Aufgaben. Außerdem sind Deutschland und Polen als einwohnerstarke Industrieländer zwei zentrale Akteure in der europäischen Klima- und Energiepolitik.

Diese Analyse befasst sich mit der Energiewende in Deutschland und Polen (dem Thema ETS2 ist eine zweite Analyse in dieser Reihe gewidmet). Während die ökologische

Transformation in beiden Ländern bereits im Gange ist, gibt es besonders in den Bereichen Wärme und Verkehr noch deutlichen Handlungsbedarf. Beide Länder stehen vor der Aufgabe, fossile Abhängigkeiten zu reduzieren, die gesellschaftliche Akzeptanz für die Energietransformation zu sichern und europäische Klimaziele zu erfüllen. Gleichzeitig vollzieht sich die Energiewende in Zeiten innenpolitischer Spannungen und geopolitischer Konflikte, die das Vorhaben zu einer noch größeren Herausforderung machen. Zudem verfolgen beide Länder unterschiedliche Pfade und Strategien auf dem Weg zur Klimaneutralität, die von den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen, wirtschaftlichen Ausgangslagen und gesellschaftlichen Prioritäten geprägt sind. Trotzdem finden sich einige Bereiche, in denen eine Kooperation sinnvoll oder sogar notwendig ist.

In dieser Analyse werden zunächst die wichtigsten Entwicklungen in beiden Ländern gegenübergestellt. Dann wird ein Blick auf den politischen und gesellschaftlichen Diskurs rund um Thema geworfen. Zuletzt werden konkrete Bereiche herausgearbeitet, in denen es Potenzial für eine bilaterale Zusammenarbeit gibt.

¹ Deutsche Vertretungen in Polen (2024): <https://polen.diplo.de/pl-de/02-themen/2667488-2667488>.

2. Auf dem Weg zur Klimaneutralität

Polen und Deutschland sind bevölkerungsreiche EU-Staaten und Industrieländer und gehören zu den fünf größten CO₂-Emittenten in der Europäischen Union (EU). Aus diesem Grund tragen beide Länder in der EU eine besondere Verantwortung für die Intensivierung der Klimaschutzanstrengungen, auf nationaler Ebene wie auch auf der Ebene der EU. Die Umsetzung von effektiveren Maßnahmen zur Dekarbonisierung, insbesondere im Verkehrs- und im Gebäudesektor, muss in beiden Ländern zügig vorangetrieben werden.

Dem novellierten Klimaschutzgesetz zufolge soll Deutschland bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden.

Deutschland hat sich im novellierten Klimaschutzgesetz zur Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 65 Prozent bis 2030 und um mindestens 88 Prozent bis 2040 (im Vergleich zu 1990) verpflichtet. Im Jahr 2045 soll das Land dem Gesetz zufolge klimaneutral sein. Die deutsche Klimastrategie zur Erreichung der Klimaneutralität basiert auf dem Zusammenspiel verschiedener Instrumente, die gezielt verschiedene Sektoren adressieren. Ein zentrales Element ist die sektorübergreifende Zielvorgabe zur Emissionsminderung. Ergänzt wird dies durch ein CO₂-Bepreisungssystem, das über das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) bereits etabliert ist und künftig durch das europäische ETS2 erweitert wird. Zur Unterstützung der Transformation kommen Förderprogramme wie die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) zum Einsatz, die Investitionen in energetische Sanierung und klimafreundliche Heiztechnologien erleichtern. Darüber hinaus setzt die Bundesregierung auf ordnungsrechtliche Maßnahmen, etwa durch verschärfte Effizienzstandards und gesetzliche Vorgaben für den Einbau klimafreundlicher Heizsysteme. Ein strategischer Schwerpunkt liegt auf der Elektrifizierung zentraler Bereiche wie Industrie, Verkehr oder Wärmeversorgung. Ziel ist es, den Anteil erneuerbarer Energien im Strommix bis 2030 auf 80 Prozent zu steigern. Parallel dazu soll der Einsatz von Wärmepumpen massiv ausgebaut werden, um fossile Heizsysteme zu ersetzen. Die energetische Sanierung des Gebäudebestands wird als Schlüssel zur Verbrauchsreduktion betrachtet. Im Verkehrssektor setzt die Strategie auf eine Ausweitung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und den Ausbau der Elektromobilität. Gleichzeitig wird der Kohleausstieg bis spätestens 2038 angestrebt, idealerweise sogar schon früher.² Der Plan zur Erreichung der Klimaneutralität wurde bereits im Jahr 2016 im Klimaschutzplan 2050 festgehalten.³ Das Dokument bedarf jedoch mittlerweile einer Aktualisierung, da

² Bundesnetzagentur: <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Kohleausstieg/start.html>.

³ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/klimaschutz-klimaschutzplan-2050.html>.

sich politischen Rahmenbedingungen, die gesetzlichen Vorgaben – etwa durch das Klimaschutzgesetz von 2019 und dessen Novelle 2021 – sowie die technologischen Möglichkeiten seitdem deutlich weiterentwickelt haben.

Deutschland strebt den Kohleausstieg bis spätestens 2038 an, idealerweise sogar schon früher.

Polen hingegen strebt die eigene Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 an – allerdings ohne gesetzliche Verankerung auf nationaler Ebene. Der Weg dorthin folgt keinem linearen Masterplan, sondern einem dynamischen, oft reaktiven Prozess, der bisher nur begrenzt koordiniert erscheint. Eine nationale, langfristige Strategie, die gemäß EU-Vorgaben bereits 2020 hätte vorgelegt werden sollen, wurde von der polnischen Regierung bislang nicht eingereicht.⁴ Informelle Hinweise deuten darauf hin, dass die aktuelle Regierung an einer entsprechenden Strategie arbeitet. Der Nationale Energie- und Klimaplan (NECP) sieht eine schrittweise Dekarbonisierung vor. Im Mittelpunkt stehen hier der Ausbau erneuerbarer Energien mit einem Ziel von 50,1 Prozent im Strommix und die Modernisierung des Fernwärmesektors.⁵ Der aktualisierte polnische NECP wurde zwar vom Ministerium für Klima und Umwelt angenommen, jedoch bislang nicht formell von der Regierung beschlossen.⁶ Im Oktober 2025 wurde Polen von der Europäischen Kommission im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens gerügt, da der überarbeitete NECP nicht fristgerecht eingereicht wurde.⁷ Die Zielsetzungen der polnischen Energiepolitik bis 2040 (PEP2040) gelten in Teilen als überholt und bedürfen einer Überarbeitung. Sowohl PEP2040 als auch der NECP weisen dadurch strategische Inkonsistenzen auf. Der vollständige Kohleausstieg ist derzeit für 2049 vorgesehen.⁸ Doch eine Reihe von Faktoren deuten darauf hin, dass Polen den Kohleausstieg früher vollziehen könnte – möglicherweise schon bis Mitte der 2030er Jahre.⁹ Im Jahr 2024 sank der Kohleanteil im Strommix auf 56,2 Prozent.¹⁰ Gleichzeitig nimmt die wirtschaftliche Rentabilität von Kohlekraftwerken ab, da sie zunehmend durch günstigere und flexiblere Technologien verdrängt werden. Zusätzlich belasten die steigenden Preise für CO₂-Zertifikate im

⁴ Europäische Kommission: https://climate.ec.europa.eu/eu-action/climate-strategies-targets/2050-long-term-strategy_de.

⁵ e-magazyny.pl: <https://e-magazyny.pl/aktualnosci/ministerstwo-klimatu-i-srodowiska-oglosilo-finalna-wersje-aktualizacji-krajowego-planu-w-dziedzinie-energi-i-klimatu/>.

⁶ Energetyka24: <https://energetyka24.com/elektroenergetyka/wiadomosci/kpeikatwierdzony-przez-resort-klimatu-prace-nad-dokumentem-przejmuje-ministerstwo-energi>.

⁷ Europäische Kommission (2025): Commission decides to refer POLAND to the Court of Justice of the European Union: <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/>

⁸ energiezukunft.eu: <https://www.energiezukunft.eu/politik/polen-beschliesst-verpaeteten-kohleausstieg/>.

⁹ FOCUS Online (2025): https://www.focus.de/earth/analyse/polen-europas-groesster-kohle-schmutzfink-steigt-aus-kohle-aus-noch-vor-deutschland_id_260640938.html.

¹⁰ Forum Energii (2025): <https://www.forum-energii.eu/transformacja-energetyczna-polski-edycja-2025>.

Rahmen des EU-Emissionshandelssystems (EU ETS) den Betrieb fossiler Kraftwerke erheblich. Ein Bericht von McKinsey Polen aus dem Jahr 2025 prognostiziert, dass der Anteil erneuerbarer Energien bis 2035 auf 70 Prozent steigen könnte,¹¹ was den Kohlebedarf drastisch senken würde. Auch auf politischer Ebene gab es bereits frühere Überlegungen zu einem beschleunigten Ausstieg: So berichteten Medien im Jahr 2020, dass die damalige Regierung unter der Partei Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit, PiS) einen Plan zum Kohleausstieg bis 2036 erwogen habe. Dieser Vorstoß wurde jedoch unter dem Druck der Bergarbeitergewerkschaften rasch wieder verworfen.¹²

Polens Weg zur Klimaneutralität folgt bisher keinem linearen Masterplan, sondern einem dynamischen, oft reaktiven Prozess.

Als Ersatz für die Kohle im Energiemix treibt Polen den Einstieg in die Atomenergie mit mehreren Großprojekten voran, der von hoher Zustimmung in der Bevölkerung getragen ist. Derzeit plant die Regierung u.a. den Bau von drei großen Kernreaktoren amerikanischer Bauart mit einer installierten Gesamtleistung von etwa 6 bis 9 GW in der Region Lubiatowo-Kopalino an der Ostseeküste.¹³ Die erste Anlage soll bis 2036 ans Netz gehen, wobei sich der Zeitplan aufgrund finanzieller und technischer Herausforderungen weiter verzögern kann.¹⁴ Parallel dazu setzt das Land auf Small Modular Reactors (SMRs), etwa in Włocławek, wo Europas erstes kleines Kernkraftwerk vom Typ BWRX-300 entstehen soll.¹⁵ Die Offshore-Windenergie gilt in Polen als strategischer Pfeiler der Energietransformation. Im NECP-Entwurf ist ein Ausbau der installierten Leistung auf 5,9 GW bis 2030 und auf 18 GW bis 2040 vorgesehen.¹⁶ Im Rahmen des polnischen Förderprogramms „Czyste Powietrze“ (Saubere Luft) werden Haushalte gezielt bei der Reduktion von Emissionen unterstützt – etwa durch Zuschüsse für den Austausch alter Heizsysteme, energetische Sanierungen und den Umstieg auf emissionsärmere Technologien wie beispielsweise Solarthermieanlagen.¹⁷ So soll die Dekarbonisierung des Gebäudesektors schneller vorangetrieben werden.

Der vollständige Kohleausstieg Polens ist derzeit für 2049 vorgesehen, könnte aber möglicherweise auch schon bis Mitte der 2030er Jahre vollzogen werden.

Die größten Fortschritte in der polnischen Energiepolitik wurden dort erzielt, wo sicherheitspolitische Notwendigkeiten und wirtschaftliche Chancen zusammenfielen. Der Ausbau der LNG-Infrastruktur sowie der Bau der Baltic Pipe zwischen Norwegen und Polen erfolgten als Reaktion auf geopolitische Risiken und dienen der Diversifizierung der Gasversorgung. Gleichzeitig löste das Prosumentenprogramm „Moj Prąd“ (Mein Strom) einen wahren Photovoltaik-Boom aus¹⁸: Zwischen 2019 und 2024 stieg die installierte PV-Leistung von unter 1 GW auf über 20 GW.¹⁹ Die kommenden Jahre werden entscheidend dafür sein, ob Polen seine klimapolitischen Ziele konsolidieren und in eine kohärente, sozial gerechte und technologisch zukunftsfähige Strategie überführen kann.

Als Ersatz für die Kohle im Energiemix treibt Polen den Einstieg in die Atomenergie voran.

Der Wärmesektor: Zwischen Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit

Die energetische Sanierung von Gebäuden zählt in Deutschland und Polen zu den zentralen Hebeln der Klimapolitik. Sie wird jedoch durch hohe Investitionskosten und soziale Hürden ausgebremst. Der Wärmesektor bleibt strukturell zersplittert: Während Neubauten zunehmend auf klimafreundliche Systeme setzen, stagniert die Sanierungsquote im Altbestand.²⁰

Im Wärmebereich dominiert in Deutschland weiterhin die Gasheizung, während Fernwärme und Wärmepumpen an Bedeutung gewinnen.²¹ Der Anteil erneuerbarer Energien zur Deckung des Wärmebedarfs lag im Jahr 2024 bei 18,1 Prozent.²² Hinzu kommt der besondere Umstand, dass in Deutschland mit 52,8 Prozent besonders viele Menschen zur Miete wohnen und daher aufgrund geltender Vorschriften selbst keine notwendigen Investitionen zur

11 McKinsey & Company (2025): <https://www.mckinsey.com/pl/our-insights/polska-energetyka-2050-czas-odwaznych-decyzji>.

12 energiezukunft.eu: <https://www.energiezukunft.eu/politik/polen-beschliesst-verspaeteten-kohleausstieg/>.

13 Deutsche Welle (2025): <https://www.dw.com/de/neue-atomkraftwerke-an-polen-kueste-atomeinstieg-als-zukunftsidee-fokus-europa/video-71903042>.

14 Business Insider (2025): <https://businessinsider.com.pl/gospodarka/jest-nowy-plan-na-energetyce-jadrowa-w-polsce-dwie-elektrownie/3gt3591>; taz (2025): <https://taz.de/Atomkraft-muss-warten/!6076739/>.

15 Euronews Green (2025): <https://www.euronews.com/green/2025/08/28/poland-to-build-europes-first-of-its-kind-small-scale-nuclear-power-plant-in-wloclawek>.

16 Ministerium für Klima und Umwelt der Republik Polen (2025): <https://www.gov.pl/web/klimat/nowe-przepisy-dla-morskiej-energetyki-wiatrowej-wejda-w-zycie>.

17 Program Czyste Powietrze: <https://czystepowietrze.gov.pl/>.

18 Teraz Środowisko (2022): <https://www.teraz-srodowisko.pl/aktualnosci/rynek-fotowoltaiki-w-polsce-2022-ieo-11951.html>.

19 Solar Professionell: <https://www.solar-professionell.de/2025/02/18/polen-hat-21-gigawatt-marke-ueberschritten>.

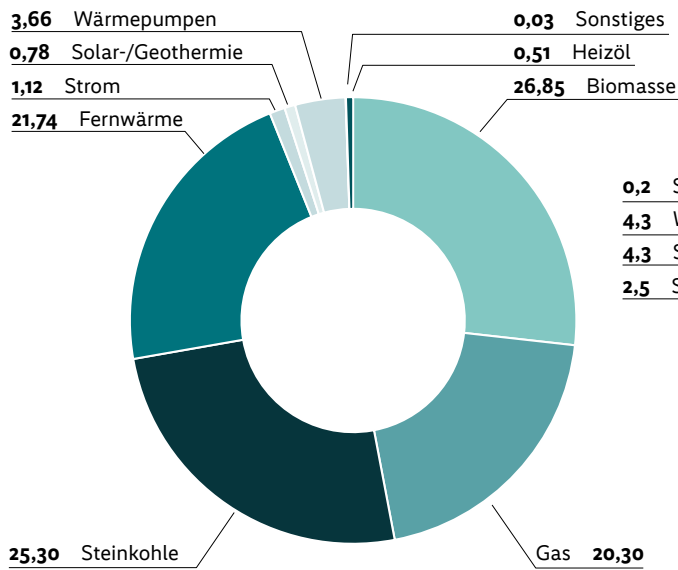
20 Bundesverband energieeffiziente Gebäudehülle (BuVEG): <https://buveg.de/sanierungsquote/>.

21 Statista. Fernwärme in Deutschland – Statistiken und Fakten (2025): <https://de.statista.com/themen/13686/fernwaerme-in-deutschland/>.

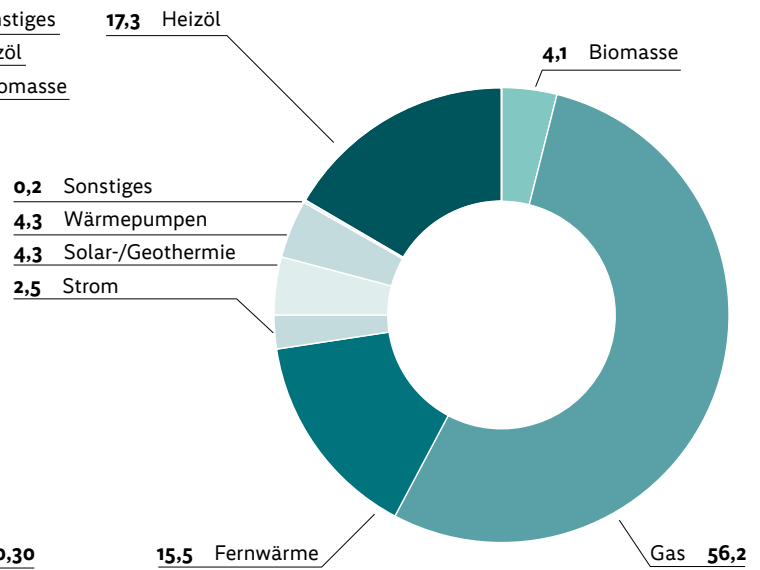
22 Umweltbundesamt (2025): <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/energieverbrauch-privater-haushalte#direkte-treibhausgas-emissionen-privater-haushalte-sinken>.

Beheizungsarten in Polen und Deutschland

Polen



Deutschland



Quellen: BDEW 2025, Forum Energii 2025

energetischen Sanierung vornehmen können.²³ Diese sogenannte „Mieterproblematik“ ist in anderen Teilen Europas weit weniger stark ausgeprägt. Zum Vergleich: In Polen liegt der Anteil an Menschen, die zur Miete wohnen, nur bei 12,9 Prozent.²⁴

In Polen hingegen verfügen – insbesondere in ländlichen Regionen – noch über drei Millionen Haushalte über einen Kohleofen, andererseits sind Biomasseheizungen als klimafreundlichere Alternative ebenfalls weit verbreitet.²⁵ Circa 42 Prozent der polnischen Haushalte sind an das Fernwärmenetz angeschlossen, wobei etwa 80 % der Fernwärme aus fossilen Brennstoffen stammen.²⁶ Damit spielt dieser Sektor eine zentrale Rolle für die Wärmewende und bietet großes Potenzial zur Dekarbonisierung – etwa durch den verstärkten Einsatz von Geothermie oder Wärmepumpen. Allerdings ist die Infrastruktur vielerorts veraltet und stammt häufig noch aus der Zeit vor 1990. Ineffiziente Netze und kohlebetriebene Heizwerke erschweren die Umstellung auf klimafreundliche Technologien und erfordern

23 BUND & Deutscher Mieterbund (2024): <https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/neue-studie-zeigt-so-kann-energetische-modernisierung-von-mietwohnungen-sozialvertraeglich-gelingen/>; ZDFheute (2023): <https://www.zdfheute.de/ratgeber/energetische-sanierung-gebäudeenergiegesetz-mieter-100.html>.

24 Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025): <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Soziales-Lebensbedingungen/Mieteranteil.html>.

25 Forum Energii (2025): <https://www.forum-energii.eu/download/pobierz/transformacja-w-domach>.

26 Gram w Zielone (2024): <https://www.gramwzielone.pl/trendy/20204041/nisko-temperaturowe-sieci-cieplownicze-baza-modernizacji-sektora-ciepła>.

erhebliche Investitionen in Modernisierung und Umstrukturierung.²⁷ Gleichzeitig steigt in Polen die Zahl der installierten Wärmepumpen rasant: Bis zum Jahr 2023 wurden rund 560.000 neue Anlagen registriert.²⁸ Nach einem schwierigen Jahr 2024, das von einem deutlichen Marktrückgang geprägt war, befindet sich der polnische Wärmepumpenmarkt nun wieder im Aufwind.²⁹

Dennoch bleibt der Absatz in beiden Ländern im europäischen Vergleich deutlich hinter den Spitzenreitern zurück. Im Jahr 2024 wurden in Deutschland und in Polen lediglich fünf Wärmepumpen pro 1.000 Haushalte verkauft – ein Wert, der weit unter dem europäischen Spitzenfeld liegt. Zum Vergleich: In Norwegen wurden 2024 48 und in Finnland 33 Wärmepumpen pro 1.000 Haushalte installiert.³⁰ Um diese Lücke zu schließen, sind nicht nur finanzielle Anreize erforderlich, sondern auch eine klare strategische Kommunikation zur Wärmewende sowie eine konsequente politische Steuerung durch konkrete Gesetze und Vorgaben.

Das zweite EU-Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr (ETS2) sowie der daraus gespeiste Klima-Sozialfonds bieten die Chance, klimafreundliche Heizlösungen

27 Forum Energii (2025): <https://www.forum-energii.eu/news/pobierz-zalacznik/plik-do-pobrania-30>.

28 SmogLab (2024): <https://smoglab.pl/polacy-rzucili-sie-na-te-urzadzenia-to-slepa-uliczka/>.

29 PORT PC (2025): <https://portpc.pl/polski-rynek-pomp-ciepła-wraca-do-wzrostow-pozytywne-sygnaly-w-i-polroczu-2025>.

30 European Heat Pump Association (EHPA) (2025): <https://ehpa.org/news-and-resources/press-releases/heat-pump-sales-14-times-greater-in-lead-countries/>.

wie Wärmepumpen für breite Bevölkerungsschichten finanziell erschwinglich zu machen und die soziale Dimension der Wärmewende zu stärken.

Der Verkehrssektor: Elektrifizierung vs. Infrastrukturdefizite

Auch im Verkehrssektor sind parallele Herausforderungen sichtbar: Deutschland setzt auf Elektromobilität und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit insgesamt circa 1,65 Millionen zugelassenen E-Autos und einer gut ausgebauten Ladeinfrastruktur in urbanen Räumen.³¹ Mit der Einführung des Deutschlandtickets im Mai 2023 stieg die Zahl der ÖPNV-Abonnent:innen um 62 Prozent, was einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende und zur Reduzierung des Individualverkehrs leistet.³² Dennoch bleibt der Verkehrssektor ein Sorgenkind der Klimabilanz: 2023 entfielen 97,8 Prozent des Endenergieverbrauchs im deutschen Verkehrssektor auf flüssige und gasförmige Kraftstoffe, während Strom nur 2,2 Prozent ausmachte. Diesel dominierte mit 48 Prozent, Benzin lag bei 28 Prozent, Flugkraftstoffe machten 16 Prozent aus und Biokraftstoffe 5,2 Prozent. Der Modal Shift zugunsten von Bahn und öffentlichem Nahverkehr verläuft eher schleppend und Maßnahmen zur Einschränkung des Pkw-Gebrauchs stoßen auf begrenzte gesellschaftliche Akzeptanz.

In Polen bleibt der Verkehrssektor ebenfalls stark fossil geprägt. 2023 entfielen etwa 95 Prozent des Endenergieverbrauchs auf Diesel, Benzin und Flüssiggas.³³ Der Anteil von Strom ist marginal und konzentriert sich auf den Schienenverkehr sowie einen kleinen, aber wachsenden Anteil an Elektrofahrzeugen – insgesamt sind knapp 100.000 E-Autos zugelassen.³⁴ Die Ladeinfrastruktur ist bisher nicht flächendeckend ausgebaut.³⁵ Im öffentlichen Nahverkehr sind polnische Großstädte mit einem Anteil von 10 Prozent emissionsfreier Fahrzeuge an der gesamten Busflotte bereits gut aufgestellt.³⁶ Dennoch sind in Polen durchschnittlich mehr ältere Fahrzeuge unterwegs.³⁷

Beide Länder stehen vor ähnlichen strukturellen Problemen: Der hohe Pkw-Anteil bleibt insbesondere in ländlichen Regionen bestehen, wo es an verlässlichen

Alternativen wie ÖPNV oder Sharing-Angeboten mangelt.³⁸ Die soziale Akzeptanz für Einschränkungen des Individualverkehrs ist in beiden Ländern begrenzt, was politische Maßnahmen wie Tempolimit von 30 km/h, Parkraumbepreisung oder Null-Emissions-Zonen erschwert.³⁹ Darüber hinaus führt die Elektrifizierung des Verkehrs in beiden Staaten zu einem steigenden Strombedarf, der die Netzstabilität belastet und Investitionen in Netzausbau sowie Speichertechnologien erfordert. Auch die Integration von Ladeinfrastruktur in bestehende Stadt- und Verkehrsplanung bleibt eine Herausforderung. Und zuletzt ist da noch die starke Abhängigkeit beider Länder vom fossilen Energiemix im Verkehrsbereich: Trotz wachsender Elektromobilität dominieren Diesel und Benzin weiterhin den Kraftstoffverbrauch und der Anteil an Biokraftstoffen bleibt hinter den EU-Durchschnittswerten zurück.⁴⁰

In beiden Ländern mangelt es vor allem auf dem Land an verlässlichen Alternativen zum Pkw

3. Klimapolitik im öffentlichen Diskurs

Die Klimapolitik unterliegt in Deutschland und Polen jeweils eigenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Während Deutschland lange als Vorreiter bei der ökologischen Transformation galt, hat sich die öffentliche Debatte dort zunehmend polarisiert. Polen hingegen vollzieht eine faktische Energiewende, allerdings oft ohne kohärente Strategie und konsistente Kommunikation. Der Diskurs in beiden Ländern ist geprägt von sozialen Zielkonflikten, den Auswirkungen der gegenwärtigen geopolitischen Spannungen und stark divergierenden parteipolitischen Narrativen. Im deutsch-polnischen Diskurs rund um die Energiewende offenbaren sich neben Bereichen, in denen bereits erfolgreich kooperiert wird, auch Reibungsflächen, die die konstruktive Zusammenarbeit beider Staaten behindern könnten.

Deutschland: Zwischen Ambition und Akzeptanzkrise

Über Jahre hinweg war Klimapolitik in Deutschland ein zentrales gesellschaftliches Anliegen – getragen von breiter Zustimmung und ambitionierten Maßnahmen wie dem Klimaschutzgesetz und dem Europäischen Green Deal. Die Bundesrepublik galt als Vorreiterin einer ökologischen Transformation, die sowohl technologisch als auch

31 Deutschlandatlas: <https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Wie-wir-uns-bewegen/111-Elektroautos-Pkw-Bestand.html>.

32 Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV): <https://www.vdv.de/deutschlandticket.aspx>.

33 Teraz Środowisko (2024): <https://www.teraz-srodowisko.pl/aktualnosci/udzial-ozew-calkowitym-zuzyciu-energii-w-ue-2023-dane-eurostat-16108.html>.

34 Wybór Kierowców. Samochody elektryczne w Polsce (2025): <https://www.wybor-kierowcow.pl/samochody-elektryczne-w-polsce/>.

35 PSPA & PZPM (2024): <https://www.auto-swiat.pl/ev/wiadomosci/ile-samochodow-elektrycznych-i-stacji-ladowania-jest-juz-w-polsce-mamy-najnowsze-dane/17pg9ct>.

36 electrive.net (2025): <https://www.electrive.net/2025/02/04/warschau-bes-tellt-50-e-gelenkbusse-bei-solaris/>; T&E Polska (2025): <https://www.transportenvironment.org/te-polska/articles/jak-idzie-elektryfikacja-miejskich-autobusow-polska-w-polowie-stawki>.

37 Forum Energii (2023): <https://www.forum-energii.eu/polska-neutralna-klimatycznie-2050-elektryfikacja-i-integracja-sektorow>.

38 Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (2025): https://www.bmlch.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/laendliche-mobilitaet-verstehen.pdf?__blob=publicationFile&v=11.

39 Tröger, J.; Dütschke, E.; Helferich, M.; Scherf, C. (2025): *Verkehrspolitische Maßnahmen für den Klimaschutz im Fokus: Akzeptanz und Aktivierungspotenzial in der Bevölkerung*. Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI: <https://www.isi.fraunhofer.de/de/blog/2025/verkehrsp>.

40 Forum Energii (2024): <https://www.forum-energii.eu/en/transformacja-edycja-2024>; <https://stat.gov.pl/en/topics/environment-energy/energy/consumption-of-fuels-and-energy-carriers-in-2023,8,19.html>.

normativ Maßstäbe setzte. Seit 2022 jedoch hat sich der öffentliche Diskurs spürbar gewandelt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, explodierende Energiepreise und anhaltende Inflation haben die Prioritäten vieler Bürger:innen neu geordnet. Klimaschutz wird zunehmend von akuten Fragen der Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands überlagert. Maßnahmen wie das Gebäudeenergiegesetz oder die Protestaktionen der „Letzten Generation“ haben die Debatte zusätzlich emotionalisiert und polarisiert. Es besteht ein Spannungsfeld zwischen der ökologischen Notwendigkeit des Klimaschutzes, der Frage nach seiner wirtschaftlichen und sozialen Tragfähigkeit und der individuellen Betroffenheit durch neue Vorgaben. Und dennoch: Laut dem aktuellen Eurobarometer sprechen sich 84 Prozent der Deutschen dafür aus, den Kampf gegen den Klimawandel als politische Priorität zu behandeln – insbesondere im Hinblick auf Gesundheit und Lebensqualität. 80 Prozent unterstützen das Ziel der EU, bis 2050 klimaneutral zu werden.⁴¹ Diese Zahlen zeigen: Die gesellschaftliche Zustimmung ist nicht verschwunden, sie braucht jedoch eine neue, an die aktuelle Situation angepasste politische Übersetzung – in eine effektive Klimapolitik, die aber gleichzeitig auch die wachsende soziale Ungleichheit und die geopolitischen Entwicklungen der letzten Jahre berücksichtigt.

In Deutschland wird das Thema Klimaschutz zunehmend von akuten Fragen der Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands überlagert – trotzdem liegt die Zustimmung für das EU-Klimaziel bei 80 Prozent.

Die parteipolitischen Positionen spiegeln diese Spannungen wider: Bündnis 90/Die Grünen treibt die Debatte mit klarer Ambition voran und setzt auf eine sozial-ökologische Transformation, die europäisch eingebettet ist und auf Tempo, Verbindlichkeit und Gerechtigkeit zielt. Die CDU/CSU positioniert sich technologieoffen und marktwirtschaftlich und befürwortet die CO₂-Bepreisung als zentrales Instrument, bleibt jedoch skeptisch gegenüber regulatorischen Eingriffen. Die AfD hingegen lehnt die EU-Klimaziele ab und verbreitet klimaskeptische Narrative. Die SPD versteht Klimaschutz als Teil sozialer Gerechtigkeit und versucht, ökologische Maßnahmen mit sozialer Ausgleichspolitik zu verbinden.

Polen: Energiewende ohne Narrativ

Während die Energiewende in Polen sich faktisch vollzieht, bleibt die politische Vermittlung der ökologischen Transformation hinter den realen Entwicklungen zurück. Klimaschutz hat im politischen Diskurs bislang eine geringere

Priorität und wird vor allem im Zusammenhang mit Energieunabhängigkeit und sozialer Gerechtigkeit verhandelt. Über die ambitionierten Ziele der EU dominieren in der Debatte Fragen der Umsetzbarkeit auf einzelstaatlicher Ebene. Dennoch ist die gesellschaftliche Zustimmung für eine ambitionierte Klimapolitik in Polen hoch: Laut dem aktuellen Eurobarometer sprechen sich 79 Prozent der Polinnen und Polen dafür aus, den Kampf gegen den Klimawandel als Priorität zu behandeln – insbesondere im Hinblick auf Gesundheit und Lebensqualität. 74 Prozent unterstützen das Ziel der EU, bis 2050 klimaneutral zu werden.⁴²

Laut dem aktuellen Eurobarometer sprechen sich 79 Prozent der Polinnen und Polen dafür aus, den Kampf gegen den Klimawandel als Priorität zu behandeln, 74% unterstützen das EU-Klimaziel.

Trotz der voranschreitenden Umsetzung der Energiewende und einer grundsätzlichen Zustimmung für die Transformation in der Gesellschaft bleibt die politische Steuerung weiterhin fragmentiert. Viele Maßnahmen konzentrieren sich auf technische Aspekte, während eine übergeordnete Vision und eine verständliche politische Vermittlung fehlen. Das erschwert die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit und führt dazu, dass das Thema Klimaschutz in der öffentlichen Debatte überwiegend technokratisch geprägt ist. Zusätzlich verschärft wird das Problem durch einen in vielen Bereichen polarisierten parteipolitischen Diskurs. Die Koalicja Obywatelska (Bürgerkoalition, KO) agiert pro-europäisch, sicherheitsorientiert und pragmatisch, weist jedoch eine begrenzte klimapolitische Sichtbarkeit und Ambition auf. Nowa Lewica (Neue Linke) und Zieloni (Grüne) vertreten ambitionierte und sozial gerechte Ansätze, bleiben dabei jedoch medial marginalisiert. Polska 2050 (Polen 2050) setzt auf Modernisierung und Dialog. Die Partei hat es versäumt, in den Regierungsreihen eine vermittelnde Rolle zu übernehmen. Die PiS verfolgt eine souveränitätsbetonte Linie und zeigt sich auch in Hinblick auf die Klimapolitik skeptisch gegenüber EU-Vorgaben. Die Konfederacja (Konföderation) lehnt Klimaregulierungen grundsätzlich ab und repräsentiert ein marktliberales, klimaskeptisches Profil.⁴³

Streitpunkte im deutsch-polnischen klima- und energiepolitischen Diskurs

Ein besonders sensibler Punkt im deutsch-polnischen Diskurs ist die frühere Abhängigkeit Deutschlands von russischen Gasimporten – ein Thema, das in Polen teils als sicherheitspolitische Schwäche wahrgenommen wurde.

⁴¹ Europäische Kommission (2025): <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3472>.

⁴² Europäische Kommission (2025): <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3472>.

⁴³ Noizz.pl: <https://noizz.pl/ekologia/program-pis-ko-lewicy-psl-i-konfederacji-co-partie-proponuja-w-kwestii-ekologii/tbb9981>; WWF Polska (2024): <https://www.wwf.pl/polskie-partie-w-sprawie-zmiany-klimatu>.

Während Deutschland lange auf kostengünstige Energie aus Russland setzte, verfolgte Polen aus sicherheitspolitischen Gründen eine deutlich kritischere Haltung gegenüber russischen Lieferungen und investierte frühzeitig in alternative Bezugsquellen wie die bereits oben erwähnte Baltic Pipe oder den Ausbau von LNG-Terminals in Świnoujście (Swinemünde). Inzwischen unterstützen beide Länder die EU-Initiative RePowerEU, die ein vollständige Beendigung der russischen Energieimporte bis spätestens 2027 vorsieht.⁴⁴

Sollte es in absehbarer Zeit zu einer politischen Diskussion über eine mögliche Wiederaufnahme von Nord Stream oder vergleichbare Infrastrukturprojekte kommen, droht eine erneute Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen. Bereits die Ermittlungen zur Nord-Stream-Explosion haben gezeigt, wie sensibel das Thema ist – sie führten zu diplomatischen Spannungen und offenbarten unterschiedliche sicherheitspolitische Perspektiven beider Länder.

Ein weiteres Konfliktfeld ist die unterschiedliche Bewertung der Atomenergie: Während Polen den Bau neuer Kernkraftwerke als strategische Antwort auf die Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit vorantreibt, bleibt Deutschland nach dem Atomausstieg skeptisch und setzt stattdessen auf den Ausbau erneuerbarer Energien.⁴⁵ Diese Divergenz spiegelt sich auch in EU-Debatten wider, etwa bei der Einstufung von Atomkraft als nachhaltige Investition im Rahmen der Taxonomie-Verordnung.⁴⁶

Auch das unterschiedliche Tempo der Dekarbonisierung stellt einen potenziellen Streitpunkt im deutsch-polnischen Verhältnis dar – insbesondere im Hinblick auf die gemeinsamen EU-Klimaziele. Während Deutschland auf eine rasche Reduktion der Treibhausgasemissionen drängt, setzt Polen auf einen graduellen Übergang, bei dem Energiesicherheit und soziale Stabilität im Vordergrund stehen. Diese Differenz in der strategischen Ausrichtung wurde zuletzt in der Debatte um das EU-Klimaziel für 2040 besonders deutlich: Die Europäische Kommission schlug eine Emissionsminderung von 90 % gegenüber 1990 vor, was von Deutschland unterstützt, von Polen jedoch kritisch betrachtet wurde.⁴⁷

4. Klimapolitik mit sozialem Kompass: Die Rolle der Sozialdemokratie

In der aktuellen Regierungskoalition in Deutschland wird von der SPD erwartet, als Regierungsfraktion mit dem stärkeren klimapolitischen Mandat eine zentrale Rolle in der Ausgestaltung der deutschen Klimapolitik zu übernehmen.

44 Europäische Kommission (2025): [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0440R\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0440R(01)).

45 DW (2021): <https://www.dw.com/de/polens-akw-pl%C3%A4ne-machen-deutschland-sorgen/a-56588806>.

46 Clean Energy Wire (2025): <https://www.cleanenergywire.org/news/economy-minister-confirms-end-germanys-resistance-nuclear-power-eu-level>.

47 Politico (2025): <https://www.politico.eu/article/eu-countries-agree-weakened-2040-climate-goal-and-target-for-cop30/>.

Insbesondere richtet sich die Hoffnung darauf, dass sich die Partei klar hinter die Einführung des Emissionshandels (ETS2) stellt – vor allem dann, wenn die Position der CDU/CSU ins Wanken gerät. In diesem Zusammenhang wird der SPD auch die Aufgabe zugeschrieben, die Union an ihre eigenen klimapolitischen Zusagen zu erinnern und sie zur Einhaltung ordnungspolitischer Prinzipien zu bewegen – ein Unterfangen, das angesichts der grundsätzlichen Skepsis der Union gegenüber regulatorischen Eingriffen als herausfordernd gilt.

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung gilt die SPD als staatstragende und ausgleichende Kraft, jedoch nicht als treibende Instanz der Klimatransformation. Ihre Rolle erscheint eher moderierend als impulsgebend. Laut einem Strategiepapier des SPD-Landesverbands Berlin mangelt es an konsistenten Narrativen, wodurch rechte und populistische Kräfte zunehmend Deutungshoheit über klimapolitische Diskurse gewinnen.⁴⁸ Die in dem Dokument der Berliner SPD entwickelten Narrative verdeutlichen den Versuch, ein klimapolitisches Profil zu schärfen, das ökologische Ambition mit sozialer Ausgewogenheit verbindet.⁴⁹ Dabei stehen drei Leitmotive im Vordergrund: Klimaschutz als Freiheitsgewährleistung und Beschäftigungsmotor, gesetzliche Regulierung als Instrument zur Vermeidung von Verteilungskonflikten sowie das Bekenntnis zu ökonomischer Vernunft und langfristiger Verantwortung.⁵⁰ Insgesamt zeigt sich, dass die SPD in einer zunehmend polarisierten politischen Landschaft bemüht ist, eine vermittelnde Position einzunehmen. Ihr klimapolitisches Profil zielt auf breite gesellschaftliche Akzeptanz, bleibt jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung hinter den Erwartungen an eine führende Kraft der ökologischen Transformation zurück.

Die SPD Berlin will sich an drei Leitmotiven orientieren: Klimaschutz als Freiheitsgewährleistung und Beschäftigungsmotor, gesetzliche Regulierung als Instrument zur Vermeidung von Verteilungskonflikten sowie das Bekenntnis zu ökonomischer Vernunft und langfristiger Verantwortung.

Nach dem Regierungswechsel in Polen im Dezember 2023 sind im Rahmen der Lewica-Fraktion mit der Partei Nowa Lewica sozialdemokratische Akteure Teil der Regierungskoalition. Die Partei versteht sich als Sammelbewegung sozialdemokratischer und progressiver Kräfte und steht für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, queere Rechte und eine vertiefte europäische Integration. In der Klimapolitik setzt die Nowa Lewica auf eine ambitionierte Dekarbonisierung,

48 SPD Berlin (2025): https://spd.berlin/media/2025/04/FK_Klima_Narrative_v02.pdf.

49 SPD Berlin (2025): https://spd.berlin/media/2025/04/FK_Klima_Narrative_v02.pdf.

50 SPD Berlin (2025): https://spd.berlin/media/2025/04/FK_Klima_Narrative_v02.pdf.

die mit sozialer Absicherung einhergeht.⁵¹ In ihrem Wahlprogramm und in öffentlichen Stellungnahmen fordert sie umfangreiche Investitionen in erneuerbare Energien – insbesondere Windkraft und Geothermie – sowie eine sozial gerechte Wärmewende.⁵² Während die Nowa Lewica für ihre klimapolitischen Forderungen Anerkennung erhält, wird ihre mediale Sichtbarkeit durch die dominierende Präsenz der größeren Koalitionspartner eingeschränkt. Ihre Rolle erscheint impulsgebend, aber nicht hegemonial – sie wirkt als ideengebende Kraft, deren Einfluss sich vor allem in programmatischen Impulsen und parlamentarischen Initiativen zeigt.

Die Rolle der Nowa Lewica erscheint impulsgebend, aber nicht hegemonial.

Eine weitere Position am linken Rand des Parteienspektrums wird durch die Partei Razem (Zusammen) vertreten, die allerdings seit einem Mitgliederentscheid im vergangenen Jahr nicht mehr als Teil der Lewica-Fraktion im Sejm agiert.⁵³ Razem strebt nun eine eigenständige parlamentarische Rolle an.⁵⁴ So setzt sich die Partei beispielsweise für den Bau von Atomkraftwerken in Polen ein, fordert eine noch deutlichere Abkehr von fossilen Energien und kritisiert marktbasierende Instrumente wie den Emissionshandel als sozial unausgewogen.⁵⁵ Diese innerlinke Pluralität trägt auch zur Differenzierung der klimapolitischen Debatte in Polen bei.

Sowohl in Deutschland als auch in Polen stehen sozialdemokratische Parteien vor ähnlichen Herausforderungen: Klimaschutz muss überzeugend als soziale Frage vermittelt werden und dadurch gesellschaftlich anschlussfähig bleiben. In Deutschland bemüht sich die SPD um kommunikative Klarheit und eine stärkere klimapolitische Profilierung. Obwohl sie sich als Vermittlerin zwischen ökologischer Transformation und sozialer Gerechtigkeit versteht, fehlt ihr häufig die klare Abgrenzung gegenüber anderen Parteien. Auch in Polen ringt die sozialdemokratische Linke darum, im sicherheitsorientierten Diskurs mit ihrer Agenda einer sozial abgefederten Energiewende politisch relevant zu bleiben. Gemeinsam ist beiden Parteien, dass Klimapolitik in ihrer Wählerschaft bislang eine untergeordnete Rolle bei Wahlen spielt. Widerstände gegen ambitionierte Maßnahmen resultieren aus Marktlogik, populistischen Strömungen und technokratischer Politik. Diese Situation verlangt nicht nur politisches Geschick, sondern auch die Fähigkeit, nachhaltige und sozial ausgewogene Lösungen glaubwürdig und verständlich zu kommunizieren – in einer Debatte, die zunehmend emotionalisiert und polarisiert ist.

⁵¹ WWF Polen: <https://www.wwf.pl/polskie-partie-w-sprawie-europejskiego-zielonego-ladu>.

⁵² Nowa Lewica. <https://lewica.org.pl/program/program-wyborczy-kw-nowa-lewica>.

⁵³ OKO.press (2024): <https://oko.press/na-zywo/na-zywo-relacja/partia-razem-opuszcza-klub-lewicy-zalozy-wlasne-kolo-w-sejmie>.

⁵⁴ TVP Info (2024): <https://www.tvp.info/83350495/partia-razem-powolalismy-kolo-parlamentarne>.

⁵⁵ WWF Polska (2024): <https://www.wwf.pl/polskie-partie-w-sprawie-zmiany-klimatu>.

5. Potenziale gemeinsamer Projekte trotz politischer Divergenzen

Eine enge Kooperation zwischen älteren und neueren EU-Mitgliedstaaten ist zentral für die klimaneutrale Transformation Europas, aber gegenüber den lang bestehenden Partnerschaften zwischen den älteren Mitgliedern noch nicht immer selbstverständlich. Durch eine gute grenzübergreifende Zusammenarbeit können regionale Bedürfnisse besser berücksichtigt und neue Trennlinien in Europa vermieden werden. Darüber hinaus können unkonventionelle Konstellationen zwischen EU-Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Strategien und Ausgangspunkten den Dekarbonisierungsprozess beschleunigen, indem sie gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Herausforderungen fördern und ihre komplementären Potenziale nutzen, z.B. durch technologische Expertise auf der einen und kosteneffiziente Lösungen auf der anderen Seite. Trotz unterschiedlicher politischer Herangehensweisen an die Energiewende und Divergenzen in anderen politischen Bereichen verfügen Deutschland und Polen über großes Potenzial für gemeinsame Projekte im Energiesektor und Klimaschutz.

Durch grenzübergreifende klima- und energiepolitische Projekte können regionale Bedürfnisse besser berücksichtigt und neue Trennlinien in Europa vermieden werden.

1. Erneuerbare Energien

Im Bereich der erneuerbaren Energien stellt die Offshore-Windenergie einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die Regierungen in Berlin und Warschau dar. Im Einklang mit der Offshore-Strategie der Europäischen Kommission muss der Bereich in den nächsten Jahren massiv ausgebaut werden, um das Ziel von 300 Gigawatt installierter Leistung bis 2050 zu erreichen.⁵⁶ Ohne ein abgestimmtes Zusammenspiel zwischen Deutschland und Polen wird das **Erzeugungspotenzial in der Ostsee**, das von der Europäischen Kommission auf 93 Gigawatt geschätzt wird, kaum ausgeschöpft werden können. Bereits 2020 und erneut 2022 haben sich beide Länder mit weiteren Anrainerstaaten der Ostsee zur Stärkung der Kooperation im Bereich Offshore-Windenergie bekannt – unter anderen im Rahmen der „Baltic Sea Offshore Wind Joint Declaration of Intent“,⁵⁷ der „Marienburg Declaration“⁵⁸ und der „Vilnius Declaration“ zur

⁵⁶ Europäische Union (2020): <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM:2020:741:FIN&qid=1605792629666>.

⁵⁷ Europäische Kommission (2020): https://commission.europa.eu/news-and-media/news/baltic-ministers-endorse-commitment-closer-cooperation-offshore-energy-2020-09-30_en.

⁵⁸ BalticWind.eu (2022): <https://balticwind.eu/the-marienburg-declaration-baltic-sea-countries-declare-more-cooperation-in-offshore-wind>.

Sicherung kritischer Offshore-Energieinfrastruktur.⁵⁹ Damit dieses Vorhaben nicht nur auf dem Papier bestehen bleibt, sollten Warschau und Berlin die Umsetzung im Rahmen der deutsch-polnischen **Arbeitsgruppe für Klima und Energie** zügig vorantreiben.

Zur Umsetzung der EU-Offshore-Strategie in der Ostsee ist ein abgestimmtes Zusammenspiel zwischen Deutschland und Polen dringend erforderlich.

2. Nachhaltige Mobilität

Im Bereich nachhaltiger Mobilität bietet der grenzüberschreitenden Bahnverkehr erhebliches Potenzial. Beide Länder könnten gemeinsam mit Frankreich und unter aktiver Einbindung der EU-Kommission eine Initiative im Rahmen des „Grünen Weimarer Dreiecks“ ins Leben rufen. Diese könnte als Impulsgeber für einen europäischen Taktfahrplan dienen und die strategische Weiterentwicklung des transeuropäischen Bahnnetzes als Alternative zu Kurz- und Mittelstreckenflügen vorantreiben. Erste Signale in diese Richtung sind bereits erkennbar: Die jüngsten Ankündigungen der Deutschen Bahn für eine engere Taktung und zusätzliche Verbindungen zwischen Deutschland und Polen ab Dezember 2025 zeigen Bewegung,⁶⁰ doch zentrale Verbindungen – etwa zwischen Berlin und Warschau – sind weiterhin zu langsam und damit zu wenig attraktiv für Reisende. Hier besteht konkreter Handlungsbedarf, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene gegenüber dem Flugverkehr zu stärken. Optimistische Prognosen gehen davon aus, dass der Anteil der Schiene am Personenverkehr bis 2050 auf bis zu 60 % steigen könnte.⁶¹ Um dieses Ziel zu erreichen, sind zwei zentrale Schritte erforderlich: Zum einen muss das transeuropäische Schienennetz umfassend modernisiert und ausgebaut werden. Zum anderen lässt sich auch auf dem bestehenden Netz durch verbesserte Taktung, vereinfachte Buchungssysteme und koordinierte Fahrpläne ein relevanter Beitrag zur Verkehrswende leisten – insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten. Solche Initiativen können nicht nur klimapolitische Nutzen bringen, sondern sie tragen auch eine symbolische Kraft im Sinne der europäischen Verbundenheit.

⁵⁹ WindEurope (2023): <https://windeurope.org/news/baltic-sea-countries-pledge-closer-collaboration-to-secure-critical-offshore-energy-infrastructure/>.

⁶⁰ Deutsche Bahn (2025): https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/Mehr-Zuege-zwischen-Deutschland-und-Polen-DB-und-CPK-bauen-Angebot-um-ueber-50-Prozent-aus-13498998.

⁶¹ Der Spiegel (2024): <https://www.spiegel.de/auto/verkehrsprognose-2040-es-wird-voller-auf-strassen-und-schienen-aber-der-pkw-verliert-an-bedeutung-a-ba-5beafd-4545-4672-b9e7-2e53dfe6b70f>.

Ab Dezember 2025 soll es eine engere Taktung der Bahnlinien zwischen Deutschland und Polen geben, doch zentrale Verbindungen – etwa zwischen Berlin und Warschau – sind weiterhin zu langsam

3. Kohleausstieg und Strukturwandel

Vor ähnliche Herausforderungen stellt beide Länder der Ausstieg aus dem Kohleabbau. In Polen und Deutschland, den EU-Ländern mit einem der höchsten Risiken von **Arbeitsplatzverlusten in Kohleregionen**⁶², kommt der Frage nach der sozial verträglichen und gerechten Energiewende eine besonders große Bedeutung zu. Allein in Schlesien könnten nach Schätzungen circa **40.000 Arbeitsplätze** im direkten Kohlebergbau wegfallen.⁶³ Das entspricht etwa der Hälfte der Gesamtbeschäftigung in diesem Wirtschaftssektor in der Region. In Deutschland ist das Lausitzer Revier mit **8.300 Beschäftigten** im Braunkohlebergbau vom Ausstieg aus dem Kohleabbau und dem strukturellen Übergang am stärksten betroffen.⁶⁴ Diese parallelen Herausforderungen bieten die Chance, aus gemeinsamen Erfahrungen im Strukturwandel zu lernen – etwa wie Mittel aus dem Just Transition Fund effektiv abgerufen und gezielt eingesetzt werden können oder wie der Dialog mit betroffenen Regionen und Beschäftigten aktiv und glaubwürdig gestaltet wird.

In Schlesien würden durch den Kohleausstieg circa 40.000 Arbeitsplätze im direkten Kohlebergbau wegfallen, in der Lausitz 8.300.

4. Grenzüberschreitende Initiativen für nachhaltige Wärmeversorgung und Industrie

Der Kohleausstieg bietet Chancen für weitere grenzüberschreitende regionale Initiativen. Ein Beispiel dafür ist das Fernwärmeprojekt Görlitz–Zgorzelec, bei dem die deutsche Stadt Görlitz und die polnische Nachbarstadt Zgorzelec gemeinsam an einer nachhaltigen Wärmeversorgung arbeiten.⁶⁵ Darüber hinaus bieten regionale Innovationscluster für saubere Technologien, wie z.B. im Rheinischen Revier, ein übertragbares Modell. Dort entstehen aus ehemaligen

⁶² Europäischer Rechnungshof (2022): https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR22_22/SR_coal_regions_DE.pdf. Sonderbericht Nr. 22/2022.

⁶³ Nettg.pl (2023): <https://nettg.pl/gornictwo/204498/zmniejszenie-zatrudnienia-powierzchni-bedzie-nieuniknione>.

⁶⁴ Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg (2022): https://efre.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/2022_10_14_TJTP_Lausitz.pdf; Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (SAS): <https://sas-sachsen.de/de/reviere/lausitzer-revier>.

⁶⁵ Energiezukunft (2025): <https://www.energiezukunft.eu/erneuerbare-energien/waermewende/waerme-verbindet>.

Braunkohlestandorten Zentren für Wasserstoffwirtschaft und nachhaltige Industrie. Ähnliche Ansätze könnten auch in der Lausitz, in Schlesien oder in der Woiwodschaft Lebus entwickelt werden, um klimafreundliche Lösungen voranzutreiben und neue Arbeitsplätze zu schaffen. In Lebus existieren bereits mindestens vier Cluster mit Relevanz für die Energiewende, die zu einem grenzüberschreitenden Netzwerk ausgebaut werden könnten.⁶⁶

5. Kooperationsmöglichkeiten für die energetische Gebäudesanierung

Ein weiterer zentraler Baustein sind gemeinsame Programme zur energetischen Gebäudesanierung. In grenznahen Regionen wie der Spree-Neiße-Bober-Region wird bereits mit dem Projekt „Green Energy“ daran gearbeitet, Wohn- und Gewerbegebäude effizienter zu machen und den Energieverbrauch zu senken.⁶⁷ Auch die grenzüberschreitende Initiative „GO Altbau“ zwischen Bayern und Österreich zeigt, wie moderne Energieberatung über nationale Grenzen hinweg organisiert werden kann.⁶⁸ Elemente der Just Transition im Rahmen des Clean Industrial Deal⁶⁹ – wie die Förderung hochwertiger Arbeitsplätze („Quality Jobs Roadmap“) oder „Union der Kompetenzen“⁷⁰ – müssen jedoch noch konkretisiert und auf ihre Umsetzung in bilateralen Projekten geprüft werden. Weiterhin stellt sich die Frage, wo ein Austausch von Fachkräften sinnvoll ist und wie gemeinsames Lernen über Ländergrenzen hinweg organisiert werden kann. Die Qualifizierung der Arbeitskräfte spielt dabei eine Schlüsselrolle. Duale Ausbildungsprogramme mit internationaler Ausrichtung zwischen Deutschland und Polen würden jungen Menschen den Einstieg in zukunftsfähige Berufe im Bereich Energie, Bau und Umwelttechnik ermöglichen und zugleich die Resilienz der betroffenen Regionen stärken.

Für die Gebäudesanierung wäre grenzübergreifende Expertise von großem Vorteil, beispielsweise im Bereich der Energieberatung oder durch eine Internationalisierung dualer Ausbildungsprogramme.

⁶⁶ Portal Województwa Lubuskiego. Klastry energii w województwie lubuskim (2017): <https://lubuskie.pl/wiadomosci/9803/klastry-energii-w-wojewodztwie-lubuskim>.

⁶⁷ CE Bra e. V. – Centrum für Energietechnologie Brandenburg. Green Energy – Spree-Neiße-Bober-Region: https://cebra-cottbus.de/de/cebra-e-v/projekte_ev/aktuelle-projekte/artikel-green-energy-snb-region.html.

⁶⁸ Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!): <https://www.eza-allgaeu.de/ueber-eza/projekte/go-altbau/>.

⁶⁹ Europäische Kommission: https://commission.europa.eu/topics/eu-competitive-ness/clean-industrial-deal_en?prefLang=de.

⁷⁰ Europäische Kommission (2025): <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0085>.

6. Austausch bei der sozialen Abfederung von ETS2

Ein weiteres Handlungsfeld für die deutsch-polnische Kooperation ergibt sich aus der Einführung des neuen Emissionshandelssystems für Gebäude und Straßenverkehr (ETS2). Für eine wirkungsvolle und sozial gerechte Umsetzung des Green Deal wird ETS2 in den kommenden Jahren eine zentrale Herausforderung darstellen. Deutschland und Polen könnten gemeinsam eine Strategie für einen sozialverträglichen „Elektrifizierungsturbo“ entwickeln, um den klimafreundlichen Umbau von Gebäuden und Verkehr deutlich zu beschleunigen. Eine zügige Umsetzung würde nicht nur zur Erreichung der Klimaziele beitragen, sondern auch die Preisentwicklung im ETS2 bis 2030 spürbar dämpfen. Gleichzeitig wirft das neue Instrument in beiden Ländern zahlreiche soziale Fragen auf. Steigende Energiepreise, ungleiche Belastungen zwischen Einkommensgruppen, strukturelle Nachteile für ohnehin abgehängte Regionen sowie höhere Lebenshaltungskosten können soziale Spannungen verschärfen und die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen gefährden. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sind gezielte sozialpolitische Begleitmaßnahmen erforderlich – etwa durch Rückverteilung der Einnahmen, Investitionen in Infrastruktur und Unterstützung für besonders betroffene Haushalte und Regionen. Ein strukturierter Austausch über mögliche Maßnahmen im Rahmen nationaler Klima-Sozialpläne wäre hier ein wichtiger Schritt, um voneinander zu lernen. Generell bietet das zentrale Prinzip des Europäischen Green Deal – „kein Ort und kein Mensch soll im Stich gelassen werden“ – eine passende Grundlage für Warschau und Berlin, sich gemeinsam auf EU-Ebene für eine sozial gerechte Ausgestaltung der Energie- und Klimapolitik, auch im nächsten EU-Klimagesetzespaket, einzusetzen.

Bei der Einführung von ETS2 können Polen und Deutschland sich gezielt darüber austauschen, wie sozial unverträgliche Belastungen abgefedert werden können.

7. Kommunikation der Energiewende und Bekämpfung von Desinformation

Auch im Bereich der gesellschaftlichen Verständigung zur Energiewende gibt es vielversprechende Ansätze für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit. Ein bilaterales Projekt zur Bekämpfung von Vorurteilen und Desinformation über erneuerbare Energien – etwa durch Bürgerdialoge, kommunale Modellprojekte oder gemeinsame Medienkampagnen – könnte dazu beitragen, ein geteiltes Verständnis für die Chancen der Transformation zu schaffen und gesellschaftliche Akzeptanz zu stärken. Die Bekämpfung von Desinformation im Kontext der Energiewende wurde auch von der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2025 als strategisches Anliegen benannt. Ziel ist es, durch bessere

Kommunikation und faktenbasierte Aufklärung die Resilienz der Gesellschaft gegenüber populistischen Narrativen zu erhöhen und die europäische Klimapolitik demokratisch zu verankern.⁷¹

8. Demokratieförderung und gesellschaftliche Beteiligung

Ein weiteres Beispiel für grenzüberschreitende Zusammenarbeit liegt im Bereich der Demokratieförderung und gesellschaftlichen Beteiligung. Um die Akzeptanz für Klimapolitik zu stärken, braucht es Räume für Mitsprache und Mitgestaltung. Aufbauend auf zivilgesellschaftlichen Erfahrungen – etwa aus der Fridays for Future-Bewegung – könnten kommunale Beteiligungsformate entwickelt werden, in denen Bürger:innen beider Länder gemeinsam über lokale Klimamaßnahmen sowie über die Zukunft der EU diskutieren, priorisieren und evaluieren. Solche Formate fördern nicht nur demokratische Kompetenzen, sondern auch das gegenseitige Vertrauen über die Grenze hinweg.

9. Nachhaltigkeit in der Schule

Vielversprechende Kooperationsmöglichkeiten bieten sich ebenfalls im Bildungsbereich. So könnte beispielsweise die Einführung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)⁷² als verbindliches Unterrichtsfach an Schulen in Grenzregionen ein weiteres gemeinsames Projekt darstellen. Begleitend dazu wären grenzüberschreitende Austauschformate – etwa zwischen Schulen in Brandenburg und der Woiwodschaft Lebus – sowie digitale Lernplattformen, die mehrsprachige Inhalte bereitstellen und europäische Perspektiven integrieren. Ziel wäre es, junge Menschen frühzeitig für die ökologischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhänge der Klimakrise zu sensibilisieren und sie zu aktiven Gestalter:innen des Wandels zu befähigen.

Die vorgestellten Beispiele zeigen eindrucksvoll: Gemeinsame Projekte zwischen Deutschland und Polen sind möglich, wenn sie auf gegenseitigem Respekt, strategischer Offenheit und dem Willen zur sozialen und ökologischen Erneuerung beruhen.

6. Ausblick

Zwar unterscheiden sich die klimapolitischen Strategien beider Länder in Tempo, Instrumenten und politischen Prioritäten – doch die gemeinsamen Herausforderungen sind unübersehbar: die sozial gerechte Gestaltung der Energiewende, die strategische Diversifizierung der europäischen

Energielieferketten sowie die Stärkung der Energiesicherheit, die Bekämpfung von Desinformation, die Sicherung gesellschaftlicher Akzeptanz und die Stärkung demokratischer Teilhabe.

Gerade vor diesem Hintergrund ist eine gemeinsame europäische Energie- und Klimastrategie nicht nur ein ökologisches Gebot, sondern auch ein geopolitisches Projekt. Sie kann die Resilienz gegenüber externen Schocks erhöhen, die Versorgungssicherheit stärken und zugleich als Motor für politische Integration und Solidarität innerhalb der EU wirken.

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit spielt dabei eine Schlüsselrolle – sowohl als Brücke zwischen unterschiedlichen energiepolitischen Kulturen als auch als Impulsgeber für eine gemeinsame, resiliente Zukunft Europas. In ihr liegt ein enormes Potenzial, das – wenn es strategisch genutzt wird – maßgeblich zur Beschleunigung der Transformation auf europäischer Ebene beitragen kann.

Die kommenden zwei Jahre bis zu den nächsten Parlamentswahlen in Polen werden entscheidend dafür sein, ob dieses Potenzial strategisch genutzt wird. Es ist daher höchste Zeit, dass die vor einem Jahr gegründete deutsch-polnische Arbeitsgruppe für Klima und Energie als strategische Plattform für gemeinsame Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft etabliert wird.

⁷¹ Polnische EU-Ratspräsidentschaft (2025): <https://polish-presidency.consilium.europa.eu/en/programme/programme-of-the-presidency/>.

⁷² Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): <https://www.bne-portal.de/bne/de/einstieg/bildungsbereiche/schule/schule.html>.

Über die Autorin



© Stefanie Loss

Sylwia Andralojc-Bodych ist Referentin für EU-Klimapolitik sowie für die deutsch-polnische Klimazusammenarbeit und Advocacy-Koordinatorin bei Germanwatch e.V. In dieser Funktion und als Expertin für Klima- und Energiepolitik fördert sie den Klimadialog zwischen politischen Akteuren und europäischen Partnerstaaten, insbesondere zwischen Deutschland, Polen und Frankreich im Format des Grünen Weimarer Dreiecks. Dabei setzt sie sich für die nachhaltige und strategische Umsetzung europäischer Klimaziele und eine sozial gerechte Energiewende ein.

Chancen für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit bei der Energiewende?

Aus der Serie „Im Kräftefeld deutsch-polnischer Interessen“

Die deutsch-polnischen Regierungskonsultationen am 1. Dezember 2025 bieten eine zentrale Chance, die bilaterale Klima- und Energiepolitik durch Gespräche im Rahmen der gemeinsamen Arbeitsgruppe strategisch zu stärken. Trotz unterschiedlicher Wege zur Klimaneutralität stehen beide Länder als große CO₂-Emittenten vor vergleichbaren Herausforderungen – insbesondere in den Bereichen Wärme, Verkehr und bei der sozial gerechten Ausgestaltung der Transformation. Die breite gesellschaftliche Zustimmung für Klimaschutz steht einer oft fragmentierten politischen Kommunikation gegenüber. Sozialdemokratische Kräfte wie die SPD und die Nowa Lewica bemühen sich um ein klimapolitisches Profil, das Klimaziele mit sozialer Ausgewogenheit vereint. Trotz unterschiedlicher Herangehensweisen an die Energiewende verfügen Deutschland und Polen über großes Potenzial für gemeinsame klimapolitische Projekte, die soziale Gerechtigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Klimaschutz miteinander verbinden. Ungeachtet politischer Differenzen zeigt sich, wie gemeinsame Initiativen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa stärken können.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen

